



Europaausschuss
Der Vorsitzende

Kiel, 9. September 2021
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1154
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Europaausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t (n e u)

über die 49. Sitzung des **Europaausschusses**

am Mittwoch, dem 8. September 2021, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Beginn: 10:00 Uhr

1. **Bericht der Landesregierung über den aktuellen Sachstand der Auswirkungen des Brexits in Schleswig-Holstein in den Bereichen Wirtschaft, Bildung und Kultur**

Antrag der Abg. Regina Poersch (SPD)

[Umdruck 19/6080](#)

Die Landesregierung berichtete dem Ausschuss als Zwischenstand, der Brexit wirke sich wirtschaftlich auf Schleswig-Holstein bisher relativ gering aus, während der Bildungsbereich besonders vom Ausscheiden Großbritanniens aus dem Programm Erasmus+ betroffen sei. Nach einer Aussprache kam der Ausschuss überein, das Thema zu gegebener Zeit wieder zu behandeln.

2. **Bericht der Landesregierung zum Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Verordnung des Rates über die Einführung und Anwendung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1053/2013, COM(2021) 278 final insbesondere im Hinblick auf die Situation an der deutsch-dänischen Grenze**

Antrag der Abg. Regina Poersch (SPD)

[Umdruck 19/6081](#)

Der Ausschuss nahm einen Bericht des Innenministeriums über die Änderung des Verfahrens zur Evaluierung des Schengen-Besitzstands entgegen. Dänemark beteilige sich allgemein, somit auch bei dieser Verordnung, nicht bei der Annahme von Vorschlägen zur Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands. Nehme der Rat die Verordnung an, beschließe Dänemark innerhalb von sechs Monaten, ob es sie in nationales Recht umsetze. Es folgte eine kurze Aussprache.

3. **Bericht der Landesregierung zur Erneuerung der „Gemeinsamen Erklärung zur regionalen Zusammenarbeit zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der Region Syddanmark“**
[Unterrichtung der Landesregierung 19/330](#)

Staatssekretär Hoops erläuterte dem Ausschuss die Hintergründe und Inhalte der überarbeiteten Gemeinsamen Erklärung. Es schloss sich eine kurze Aussprache an.

4. **Bericht der Landesregierung zum aktuellen Stand der Gesundheitskooperation im Grenzland, insbesondere zu einer (unausgereiften und in der Praxis gescheiterten) Vereinbarung zwischen der Region Syddanmark und einem Krankenhaus in Flensburg**

Antrag der Abg. Jette Waldinger-Thiering (SSW)

[Umdruck 19/6246](#)

Der Ausschuss nahm aus aktuellem Anlass einen Sachstandsbericht des Gesundheitsministeriums entgegen, auf den eine Aussprache über die Möglichkeiten zur Unterstützung ärztlicher Kooperationen im Grenzland folgte. Abg. Waldinger regte an, die Landesregierung möge zu gegebener Zeit über den Fortschritt der interregionalen Vereinbarung berichten.

5. **Einschätzung der Landesregierung zur Einhaltung der Subsidiarität zu mehreren EU-Dokumenten**

Antrag der Abg. Regina Poersch (SPD)

[Umdruck 19/6168](#)

hierzu: [Frühwarndokument 19/1](#)

Die Landesregierung berichtete dem Ausschuss kurz über das derzeitige Verfahren im Frühwarnsystem und verwies für die im Antrag, [Umdruck 19/6168](#), vier letztgenannten EU-Dokumente auf die Vorblätter gemäß Konsultationsvereinbarung. Für die fünf zuerst genannten EU-Dokumente bestünden keine Subsidiaritätsbedenken.

6. **Bericht der Landesregierung über die aktuelle Situation in Afghanistan, den Sachstand der Umsetzung des EU-Asyl- und Migrationspaktes und die Umsetzung des Aufnahmeprogramms für schutzbedürftige Menschen aus Afghanistan in Schleswig-Holstein**

Antrag der Abg. Regina Poersch (SPD)

[Umdruck 19/6167](#)

Der Ausschuss nahm einen Bericht des Innenministeriums entgegen und bat die Landesregierung darum, zu gegebener Zeit über die weitere Entwicklung auf europäischer Ebene erneut informiert zu werden.

7. **Bericht der Landesregierung über die Ergebnisse der Evaluation des Hanse-Office in Brüssel**

hierzu: [Umdruck 19/5186](#)

Staatssekretär Hoops gab dem Ausschuss einen Sachstandsbericht hinsichtlich des vom Kabinett beschlossenen „Konzepts zur Stärkung des Hanse-Office und zur Weiterentwicklung der Europafähigkeit der Landesverwaltung“, [Umdruck 19/6265](#), und dessen geplanter Umsetzung. Es folgte eine kurze Aussprache.

8. In der Krise das soziale Europa stärken!

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2551](#)

Wirtschaftliche Dynamik, Wohlstand mit Klimaschutz und sozialer Absicherung für ganz Europa

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Umdruck 19/6271](#)

Nach kurzer Diskussion empfahl der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von SPD und SSW, den Antrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/2551](#), abzulehnen.

Weiter empfahl der Ausschuss dem Landtag einstimmig, den aus [Umdruck 19/6271](#) ersichtlichen Alternativantrag von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP zu übernehmen und ihm zuzustimmen.

9. Für eine atomwaffenfreie Welt!

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2758](#)

Die Ausschussmitglieder einigten sich darauf, die bereits früher beschlossene mündliche Anhörung am 1. Dezember 2021 vormittags durchzuführen.

10. Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/3188](#)

Der Ausschuss schloss sich dem Verfahren des federführenden Umweltausschusses an und bat ihn, über das Verfahren und die Ergebnisse informiert zu werden.

11. Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/3062](#)

Einstimmig schloss sich der Ausschuss dem Verfahren des federführenden Umweltausschusses wiederum mit der Bitte an, über das Verfahren und die Ergebnisse informiert zu werden.

12. Bericht aus dem Ausschuss der Regionen (AdR)

Abg. Voß berichtete aus dem Ausschuss der Regionen.

Abg. Poersch regte an, sich in einer der kommenden Sitzungen mit dem Subsidiaritätsbericht 2020 des AdR zu befassen.

13. Gender-Budgeting-Kriterien bei der Umsetzung der EU-Förderprogramme in Schleswig-Holstein stärker berücksichtigen

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/2965](#) (neu)

Nach kurzer Diskussion schloss sich der Ausschuss dem weiteren Verfahren des federführenden Finanzausschusses an und bat ihn, über das Verfahren und die Ergebnisse informiert zu werden.

14. Verschiedenes

- a) Abg. Holowaty berichtete über die BSPC-Tagung am 30. August 2021.
- b) Der Ausschuss kam überein, dass am 20. Oktober 2021 keine Europaausschusssitzung stattfinden solle.
- c) Der Vorsitzende und Frau Watolla baten die Ausschussmitglieder, an der Veranstaltung mit Konferenzschaltung nach Kaliningrad, die anstelle der abgesagten Kaliningradreise geplant sei, am 22. Oktober 2021, voraussichtlich ab 17 Uhr oder 18 Uhr im Plenarsaal, teilzunehmen.
- d) Die 2. Koordinierungssitzung zum Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission wurde auf den 13. Dezember 2021, 13 bis 15 Uhr terminiert.
- e) Der Vorsitzende teilte mit, dass die geplante Informationsreise nach Straßburg auf den Zeitraum 16. bis 20. Januar 2022 verkürzt werde.

Schluss: 13:00 Uhr

gez. Svenja Reinke-Borsdorf